



GEGEN DEN AUSVERKAUF DER STADT!

Für den Erhalt der Hermannstraße 48

Pressemitteilung vom 07.04.2022

Hermannstraße 48 ist akut bedroht!

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hat nun mitgeteilt, dass sie für die Prozesskosten des Vorkaufsverfahrens im Falle der Hermannstr. 48 in Berlin-Neukölln nicht aufkommen wird. **Die Wohnungen von aktuell ca. 80 Mieter*innen sind damit akut bedroht.**

Anfang letzten Jahres wurden wir als Mieter*innengemeinschaft im Rahmen der Ausübung des Vorkaufsrechts vom Bezirk Neukölln zur **Drittkäuferin unseres Hauses** bestimmt. Gegen diese Entscheidung legten sowohl die Verkäufer*in also auch die Käufer*innen Widerspruch und Klage ein. **Die Chancen für uns standen gut** – bis das Bundesverwaltungsgericht Anfang November 2021 die bundesweite Vorkaufsrechtspraxis in weiten Teilen für rechtswidrig erklärt hat.

Der Bezirk Neukölln wollte den Vorkauf trotzdem aufrechterhalten, denn er sah **in unserem Fall einige Besonderheiten**, die von dem Fall, den das Bundesverwaltungsgericht entschieden hatte, in wichtigen Punkten abweicht. Es lag eine juristische Stellungnahme vor, nach der in der Hermannstr. 48 Missstände oder Mängel gegeben sind, die den Vorkauf zum Wohle der Allgemeinheit juristisch rechtfertigen: Die Eigentümer*in hatte nämlich bewusst seit den 80er Jahren nach und nach **kleine bis sehr große Wohngemeinschaften in ein altes Fabrikgebäude** einziehen lassen. Die Nutzung des Gebäudes ist aber nur für Gewerbe genehmigt. Durch diesen Missstand sind wir systematisch um die formale Sicherung unserer **Mieter*innenrechte wie Kündigungsschutz** betrogen worden.

Zur Fortführung des Vorkaufsverfahrens vor Gericht hätte der Bezirk Neukölln die **finanzielle Unterstützung der Senatsverwaltung** gebraucht. Mit ihrer Ablehnung hat die Senatsverwaltung sowohl die Klärung dieses strittigen Falls durch ein Gericht als auch unseren **Erwerb des Hauses durch den Vorkauf verunmöglicht**.

Die Käufer*innen haben schon deutlich signalisiert, dass sie **kein Interesse am Verbleib der Bewohner*innen** im Fabrikgebäude haben.

Unsere Wohnungen sind nun akut bedroht. Wir sind eine solidarische Mieter*innenschaft, die im Kiez engagiert und gut vernetzt ist.

Wir sind die Leidtragenden einer Vermieterin, die zwar Jahrzehnte die Miete von uns kassiert hat, aber kein Interesse an der Sicherung des Wohnraumes hat. **Wir sind die Leidtragenden einer schlechten Gesetzgebung und einer handlungsunfähigen Verwaltung.** Jede Nachjustierung des Vorkaufsrechts wird für uns zu spät kommen.

Wir wollen unser Haus weiterhin kaufen!

Auch mit dem Erwerb durch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft oder eine Genossenschaft wären wir einverstanden.

Wir fordern die Senatsverwaltung dazu auf, unseren Wohnraum für uns zu sichern!

Kontakt: presse@h48bleibt.org